

Engagementpolitische Empfehlungen des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement für ein Regierungsprogramm der 19. Legislaturperiode – Kurzversion¹

Bürgerschaftliches Engagement gestaltet unsere Gesellschaft und Demokratie. Mit diesem Papier benennt das BBE als größtes Engagementnetzwerk Deutschlands die wichtigsten engagementpolitischen Empfehlungen für die kommende Legislaturperiode.

Engagement stärken heißt Demokratie stärken

Engagement gestaltet die Gesellschaft. Zur Stärkung von Engagement und Demokratie fordern wir:

- Gestaltungsspielräume für engagierte Bürgerinnen und Bürger müssen gestärkt werden.
- Junge Menschen müssen frühzeitig lernen und erfahren können, wie sie sich engagieren können.
- Die Querschnittskoordination der Engagement- und Demokratiepoltik sollte künftig in einem gemeinsamen Abstimmungsprozess zwischen den zuständigen Bundesministerien erfolgen.
- Der Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ ist zu einem Hauptausschuss des Deutschen Bundestages aufzuwerten.
- Eine Demokratie-Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag sollte erkunden, wie Bürgerschaftliches Engagement und breite demokratische Beteiligung gestärkt werden können

Verlässliche Infrastrukturen für alle, die sich engagieren wollen

Deutschland weist ein großes Bürgerschaftliches Engagement auf. Diese Basis dafür wird in vielen Organisationen und Initiativen gelegt.

- Die Stärkung aller, die darin Führungs- und Vorstandsrollen innehaben, ist vordringlich.
- Für eine nachhaltige Infrastruktur müssen Bund, Länder und Kommunen gemeinsam eine dauerhafte Grundförderung ermöglichen.
- Geeignete Programme für Fortbildung und Erfahrungsaustausch müssen gefördert werden.
- Die sektorübergreifende Kooperationsfähigkeit von Zivilgesellschaft, Unternehmen und Staat ist zu stärken.

Offene Zugänge und Teilhabe im bürgerschaftlichen Engagement schaffen

Die gleichberechtigte Teilhabe und die Integration aller Menschen ist entscheidend für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

- Zugangs- und Beteiligungschancen zum bürgerschaftlichen Engagement sind für alle Altersgruppen auszubauen.
- Bei der Inklusion von Menschen mit Beeinträchtigungen sind deren Engagement und Partizipation stärker zu berücksichtigen.
- Um Menschen in prekären Lebenssituationen ein Engagement zu ermöglichen, sind die Bezüge und Übergänge zwischen Engagement und Erwerbsarbeit unter Wahrung eines freiwilligen, eigensinnigen und unentgeltlichen Engagements zu stärken.

¹ Die Kurzversion des Hintergrundpapiers „Engagementpolitische Empfehlungen des BBE für Regierungsprogramm der 19. Legislaturperiode“ wurde auf Anregung des BBE-Koordinierungsausschuss am 13.10.2017 vom BBE-SprecherInnenrat erstellt.

- Die Beteiligung und Strukturentwicklung von Migrant*innenorganisationen muss nachhaltig erfolgen.
- Engagementstrukturen sind bei ihrer interkulturellen und inklusiven Öffnung zu unterstützen.

Engagementfreundliche politische Rahmensetzungen schaffen

Gestaltungsräume für selbstorganisierte Strukturen und Maßnahmen sollten eröffnet und Förderbarrieren abgebaut werden:

- Der bürokratische Aufwand muss gesenkt, das Zuwendungsrecht vereinfacht und Zuständigkeiten gebündelt werden.
- Dem Problem der Monetarisierung und damit der Funktionalisierung von bürgerschaftlichem Engagement muss entgegengewirkt werden.
- Die Engagementverträglichkeit von Gesetzen muss sichergestellt werden.

Ziele nachhaltiger Entwicklung – ohne Engagement nicht denk- und machbar

Eine nachhaltige Entwicklung unseres Planeten setzt eine engagierte Zivilgesellschaft voraus.

- Zivilgesellschaftliche Organisationen müssen im Prozess der Politikgestaltung stärker beteiligt und ihre Erfahrungen und kreativen Lösungsansätze in Entscheidungsprozesse besser integriert werden.
- Das Engagement in Entwicklungspolitik und humanitärer Hilfe sowie bei der Bearbeitung der Ursachen für eine weltweit wachsende Zahl geflüchteter Menschen gilt es zu stärken und zu begleiten.

Den Sozialen Nahraum als wichtigsten Gestaltungsraum für Engagement fördern

Die Synergien zwischen bürgerschaftlichem Gestaltungswillen und der kommunalen Aufgabe der Revitalisierung von Sozialräumen müssen stärker und nachhaltiger gefördert werden:

- Programme wie „Engagierte Stadt“ und „Soziale Stadt“ sollen ausgebaut und verstetigt werden. Dabei sollten immer die Anforderungen und Wünsche der im Lebensumfeld Engagierten mitgedacht werden.
- Die Steuerungsebene derartiger Förderungen sollte bei den kommunalen Akteur*innen liegen.

Für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger den Weg ebnen

Die Vision eines Europas der Bürgerinnen und Bürger steht vor großen Herausforderungen. Die europäischen Werte wie Solidarität und Werte wie Gleichheit, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit müssen belebt und gestärkt werden:

- Zivilgesellschaftliche Organisationen müssen im Sinne eines Europas der Bürgerinnen und Bürger am Prozess der Politikgestaltung stärker beteiligt werden.

Zivilgesellschaftsforschung braucht Infrastrukturen und Netzwerke

Die Zivilgesellschaftsforschung verfügt über keine robusten institutionellen Strukturen oder Lehrstühle an Universitäten. Es bedarf daher:

- Entwicklung einer vernetzten Strategie zum Aufbau tragfähiger Infrastrukturen für die inter- und transdisziplinäre Zivilgesellschaftsforschung.
- Hochschulförderprogramme wie „Innovative Hochschule“ und Ansätze der Bürgerwissenschaft, die den Austausch auf Augenhöhe mit der Zivilgesellschaft einfordern, sollen weiterentwickelt werden.